

**Redenotiz von Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach:
Vortrag beim Deutschen Städtetag im Rahmen der Veranstaltung
„Deutsch-deutsche Partnerschaften von Städten, Gemeinden und
Landkreisen“,
Mittwoch, 16.09.2009, ab 16.30 Uhr
Erich-Klausener Saal des BMVBS, Berlin**

**Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Schramm,
sehr geehrter Herr Dr. Ermrich,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

**auch im Namen der Präsidentin des Deutschen Städtetages,
Oberbürgermeisterin Petra Roth, gratuliere ich Ihnen zu dieser
Veranstaltung. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ist es an der Zeit,
in diesem Rahmen über die innerdeutschen formellen und
informellen Partnerschaften nachzudenken.**

**Das Präsidium des Deutschen Städtetages, für das ich heute als
einer der Stellvertreter unserer Präsidentin spreche, hat wiederholt
die Bedeutung solcher Partnerschaften unterstrichen. Daher
möchte auch ich den Blick dorthin richten, wo alles seinen Anfang
nahm: auf die Städte, Gemeinden und Kreise sowie auf deren
innerdeutsche Beziehungen.**

**Um überhaupt ermessen zu können, was wir in den vergangenen 20
Jahren gemeinsam erreicht haben, möchte ich nur kurz an die
Ausgangslage erinnern. Funktionen und Zuständigkeiten einer
Stadt in der DDR zur Regelung örtlicher Angelegenheiten waren**

vergleichsweise gering. Eine kommunale Finanzhoheit gab es beispielsweise nicht. Die Stadt befand sich in der Rolle des Befehlsempfängers. „Kommunale Einrichtungen“ wie Kindergärten, Sportstätten, Kulturhäuser, Berufsschulen und Feuerwehren befanden sich bekanntlich überwiegend in der Trägerschaft Volkseigener Betriebe. Die kommunalen Spielräume waren also höchst bescheiden; entsprechend geringer ausgeprägt als in Westdeutschland war kommunales Selbstbewusstsein.

Dennoch entwickelten sich spätestens in den 80er Jahren auf kommunaler Ebene zunehmend Kontakte mit Städten und Gemeinden im Westen, etwa durch kommunale Beiträge zum Kulturabkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland oder durch Beziehungen im Rahmen der innerdeutschen Städtepartnerschaften. Deren Zahl erhöhte sich nach der Wende sprunghaft von 98 Partnerschaften Anfang November 1989 auf 854 im Oktober 1990. Solche interkommunalen Initiativen hat der Deutsche Städtetag in verschiedenen Gremien frühzeitig aufgegriffen.

Dennoch war es insgesamt ein schmales Fundament, auf dem ab Mai 1990 die kommunale Selbstverwaltung in der DDR errichtet werden sollte. Man kann die Ausgangslage verkürzt so beschreiben: Es war durchaus etwas vorhanden, nämlich ein Rathaus, in dem Menschen mit einer anderen gesellschaftlichen Erfahrungswelt nach den Regeln eines Zentralstaates arbeiteten. Für diese wurde plötzlich alles anders. Sie wurden mit völlig neuen und enorm erweiterten Aufgaben betraut, sie wurden mit neuen Rechtsgrundlagen, mit neuen Gremien und nicht zuletzt mit neuen

Ansprüchen der Bürger konfrontiert. Die ostdeutschen Städte des Frühjahrs 1990 mussten ihre organisatorischen, personellen und finanziellen Strukturen von Grund auf neu schaffen.

Hier kam dem Deutschen Städtetag eine wichtige Rolle zu. Bereits im März wurde ein entsprechendes Programm zum Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in der DDR aufgelegt. Eckpfeiler waren natürlich auch deutsch-deutsche Städtepartnerschaften.

Den Anfang vor der Wende, als es noch in erster Linie darum ging, in Zeiten des Kalten Krieges den Kontakt auf örtlicher Ebene aufzubauen, machten 1986 Saarlouis und Eisenhüttenstadt, deren Repräsentanten ja heute hier über die Erfahrungen der beiden Städte berichten. Dann folgten Partnerschaften zwischen Aachen und Naumburg, Bonn und Potsdam, Bremen und Rostock, Düsseldorf und Chemnitz, Karlsruhe und Halle, Wuppertal und Schwerin. Sie alle sind in den Jahren 1987 und 1988 zustande gekommen.

Meine eigene Stadt Heilbronn begründete bereits im Oktober 1988 eine Partnerschaft mit Frankfurt (Oder) und gehört damit ebenfalls zu den Pionieren. Erste Diskussionen über eine mögliche Partnerschaft mit einer Stadt jenseits des Eisernen Vorhangs gehen bis Anfang der 80er Jahre zurück. Doch die Hürden für die Käthchenstadt Heilbronn und die Kleiststadt Frankfurt (Oder) waren hoch. Ob sie im Falle Heilbronns besonders hoch waren, dürften exakte Archivrecherchen ergeben. Schließlich war Heilbronn amerikanische Garnisonsstadt – eine Tatsache, die durch die Stationierung von Pershing II-Raketen weitere Brisanz erhielt.

So verwundert es auch nicht, dass die Staatssicherheit alle Hebel in Bewegung setzte, die Heilbronner Delegationen, die sich 1987 und 1988 auf den Weg nach Frankfurt machten, genauestens im Auge zu behalten, wie wir heute wissen.

Nach dem Fall der Mauer verzeichneten wir, wie wohl alle existierenden deutsch-deutschen Partnerschaften in den ersten Jahren einen sprunghaften Anstieg der Begegnungen. Wie bei vielen innerdeutschen Partnerschaften leistete auch die Stadt Heilbronn auf verschiedenen Feldern Hilfe beim Aufbau der Kommunalverwaltung, etwa in Form von Spenden zum Aufbau eines Gesundheitssystems.

Vieles mehr wäre zu nennen, was bei anderen deutsch-deutschen Städtepartnerschaften in jenen 90er Jahren wohl ähnlich war. Ich war damals noch OB von Heidenheim, einer Mittelstadt mit 60.000 Einwohnern, bei Ulm. Heidenheim hatte - über kirchliche Verbindungen angebahnt - eine Städtepartnerschaft mit Döbeln in Sachsen geschlossen. In den ersten Jahren hatten wir in verschiedenen Bereichen beim Aufbau der Kommunalverwaltung Hilfe geleistet; aber auch beim Aufbau des Vereinslebens. Schließlich gab es in der DDR kein breitgefächertes Vereinsleben.

Sicherlich hilfreich waren solche Partnerschaften auch bei der Bewältigung von Naturkatastrophen wie der Oder- und der Elbe-Flut. Bei letzterer hatte sich Heilbronn 2005 mit dem Landkreis Heilbronn zusammengetan, der enge Beziehungen zum Landkreis Grimma hatte. Die Hilfsbereitschaft der Heilbronner Bürgerschaft war enorm. Mit 600.000 Euro ging die größte Einzelspende aus Heilbronn an die Mulde.

Doch, meine Damen und Herren, Spenden und praktische Hilfe beim Aufbau der ostdeutschen Kommunalverwaltungen waren das Eine. Jedoch beileibe nicht das Einzige. Wichtig waren und sind genauso das gewachsene Wissen und das größere Verständnis um die unterschiedlichen Voraussetzungen. Sie geben die Basis, wenn es darum geht, etwa im Bereich der Wirtschaftsförderung eng zusammenzuarbeiten.

Und hier gewinnt unsere Partnerschaft mit Frankfurt (Oder) eine besondere Dimension. Denn sie wurde bereits 1998 um die Partnerschaft mit der auf dem polnischen Oder-Ufer liegenden Stadt Slubice erweitert. Wir können nun, auch im Sinne von EU-Vorgaben, unterstützend tätig werden, wenn es in Frankfurt und Slubice um die Verwirklichung eines gemeinsamen Straßenbahn-Projekts über die Grenze geht. Schließlich haben wir in Heilbronn selbst eines der größten Stadtbahn-Projekte überaus erfolgreich umgesetzt. Immerhin ging es in Heilbronn um eine Gesamtinvestition von ungefähr 350 Millionen Euro. Ohne Bundesmittel, verehrter Herr Minister, wäre dies nicht zu verwirklichen gewesen. Herzlichen Dank!

Und so freue ich mich, dass beide Städte mich gebeten haben, den Entscheidungsprozess quasi moderierend zu begleiten. Überhaupt ist diese „Dreier-Beziehung“ – wie ich finde – ein gutes Sinnbild für die gewaltigen Fortschritte im europäischen Annäherungs- und Einigungsprozess ist, für den nationale und internationale Städtepartnerschaften Erhebliches geleistet haben.

Insgesamt entstanden bis heute über tausend Städtebeziehungen zwischen ost- und westdeutschen Kommunen. Meist in Form einer Partnerschaft, also einer Beziehung auf der Basis einer förmlich vereinbarten Zusammenarbeit für alle möglichen Felder der kommunalen Selbstverwaltung.

Der Schwerpunkt dieser Städtepartnerschaften liegt nun nicht mehr auf Verwaltungshilfe, sondern in der Pflege von Kontakten zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Einrichtungen und den Mitgliedern der Stadträte. Gerade auch für unseren Jugendgemeinderat ist dieser Gedankenaustausch sehr wichtig und lehrreich. Daneben liegen besondere Chancen, wie am Beispiel Frankfurt und Slubice ausgeführt, im Austausch der Erfahrungen bei möglichen Clusterbildungen im Bereich der Industrieförderung.

Rückblickend auf 20 Jahre kommunale Selbstverwaltung in den neuen Ländern können wir zufrieden feststellen: Die Städte in den neuen Ländern haben sich in dieser Zeit rasant verändert. Sie haben sich vom tristen Grauschleier aus DDR-Zeiten befreit und sich vielfach zu eindrucksvollen und lebenswerten Gemeinwesen entwickelt.

Dennoch: Es türmen sich spezifische Probleme, die in den meisten Städten der alten Bundesländer jedenfalls nicht in diesem Ausmaß vorhanden sind: Besonders betroffen sind die Städte in den neuen Ländern durch erhebliche Wanderungsverluste und einen starken Bevölkerungsrückgang. Der Wegzug vor allem jüngerer, gut ausgebildeter Erwerbstätiger zur Arbeitsaufnahme in den alten Ländern hat erhebliche, auch langfristig wirkende Nachteile für die

weitere Entwicklung in den neuen Ländern. Ich erinnere an einen Städtetagsvortrag der Frau Kollegin aus Halle, die uns die Konsequenzen aus zigtausend leerstehenden Plattenbauwohnungen vor Augen geführt hat.

Gerade weil die Lage der Städte in den neuen Ländern weiter schwierig ist, brauchen wir die Solidarität derjenigen Städte im Westen, denen es besser geht. Andererseits darf 20 Jahre nach dem Fall der Mauer auch daran erinnert werden, dass in manchen ostdeutschen Kommunen mittlerweile modernere Infrastrukturen vorhanden sind als im Westen. Eine Tatsache, die die vorhandene Solidarität nicht schmälert.

Die Städtepartnerschaften deutscher Städte zwischen Ost und West haben bereits vor dem Fall der Mauer das Fundament für diese Solidarität gelegt. Sie waren wesentliche Grundlage für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung nach der Wende. Die deutschen Städte werden auch künftig einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der inneren Einheit und der kommunalen Selbstverwaltung leisten.